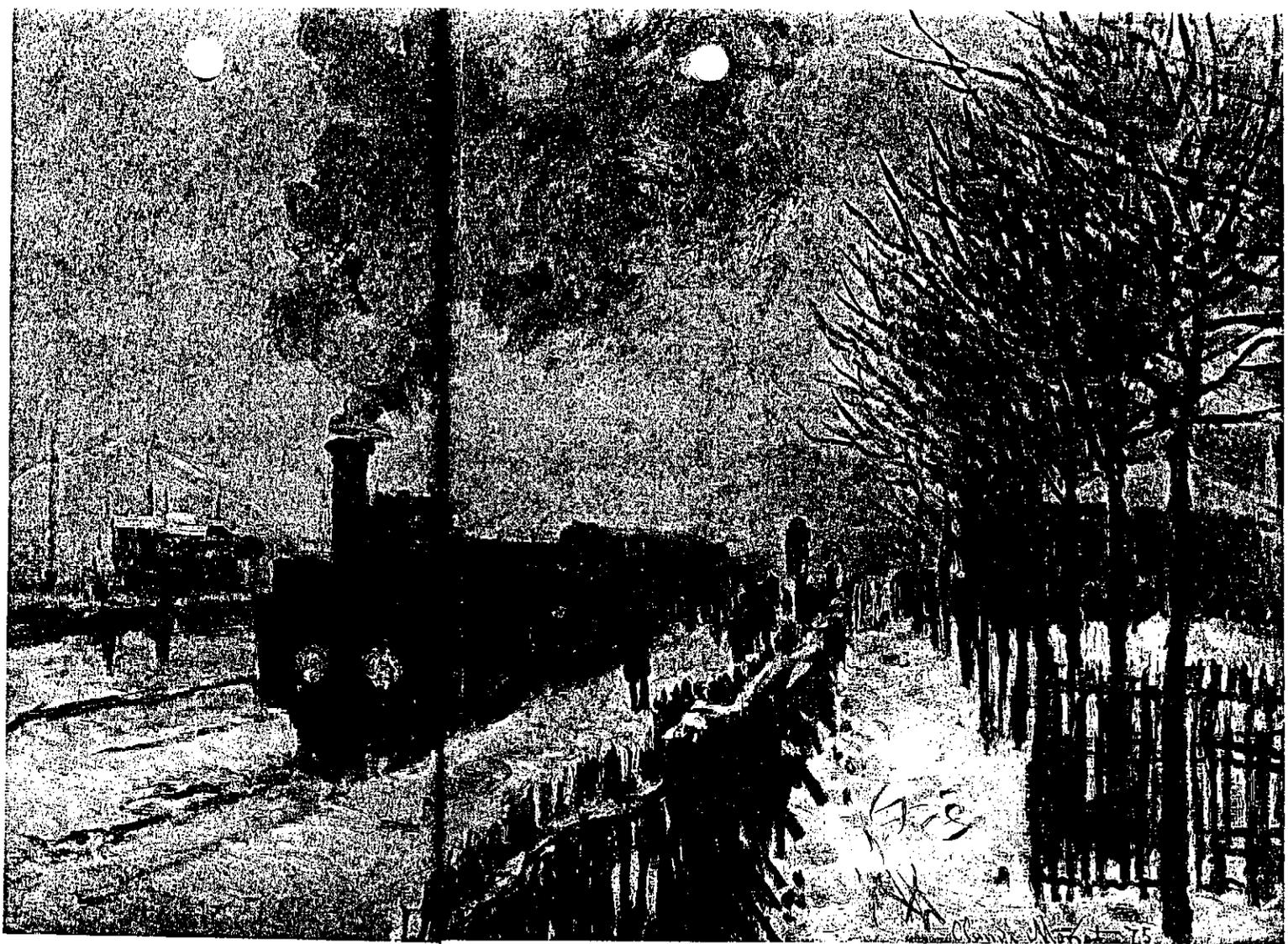


Dr. oec. Gerhard Schwarz, Jahrgang 1951, studierte an der Hochschule St. Gallen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und trat nach einer kürzeren Tätigkeit in einem Industriebetrieb 1981 in die Wirtschaftsredaktion der Neuen Zürcher Zeitung ein. Von 1982



bis 1986 war er als Wirtschaftskorrespondent in Paris tätig. Seit 1994 ist Gerhard Schwarz Leiter der Wirtschaftsredaktion der NZZ und beschäftigt sich vor allem mit Ordnungspolitik, Wirtschaftsethik, Konjunkturpolitik und Wirtschaftswissenschaften. Darüber hinaus nimmt er an der Universität Zürich einen Lehrauftrag zum Thema „Wirtschaftsordnung“ wahr. Er ist Autor und Herausgeber mehrerer Bücher, darunter „Ausländische Direktinvestitionen und Entwicklung“ (1980), „Wo Regeln bremsen. Deregulierung und Privatisierung im Vormarsch“ (1988), „Das Soziale der Marktwirtschaft“ (1990), „Die Soziale Kälte des Liberalismus – Versuch einer Klärung“ (3. Aufl. 1997); „Neidökonomie“ (2000), sowie zahlreicher Artikel in Fachzeitschriften. Im Mittelpunkt steht aber seine journalistische Tätigkeit, für die er 1996 mit dem Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik ausgezeichnet wurde. Dieser Beitrag für MUT fußt auf einem Vorwort zum Sammelband Robert Gilmour / Gerhard Schwarz (Hrsg.), „Freiheit und Fortschritt / Freedom and Progress“, der in diesen Tagen im Zürcher NZZ-Verlag erscheint.

„Die Lokomotive“, Gemälde (1875) von Claude Monet (1840 - 1926); Musée Mormottan, Paris



## Gerhard SCHWARZ:

# Freiheit, Wohlstand und Fortschritt

I.

### Freiheit als Wert an sich

Die Anhänger einer offenen, freien Gesellschaft mit Wettbewerb und Privateigentum bilden keine homogene Gruppe. Da

ist zum einen jene relativ kleine Fraktion, für die Freiheit vor allem in der Nachfolge von John Locke und dessen Konzept des „Selbsteigentums“ in der Wertehierarchie den obersten Wert darstellt. Ihr ganzes Trachten ist deshalb darauf ausgerichtet, eine möglichst freie Ordnung zu schaffen. Sie sieht in der Freiheit einen Wert an sich, nicht ein bloßes Instrument zur Erreichung anderer Ziele. Man könnte die Vertreter dieser Richtung als „Freiheitsliebende“ bezeichnen. Für sie stellt Freiheit einen so hohen Wert dar, daß sie zu deren Erringung und Erhaltung auch mate-

rielle Opfer, also Wohlstandsverluste, in Kauf nehmen. Nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und angesichts totalitärer Regime und Bedrohungen zuhauf war diese Einschätzung, die Freiheit nicht nur als pathetisches Wort für Theaterbühnen verstand, sondern als konkreten Wert auffaßte, zunächst relativ weit verbreitet. Die Ordoliberalen der Kriegs- und Nachkriegsgeneration von Eucken bis Röpke, von Böhm bis Lutz, von Erhard bis Rüstow sind genau von diesem Geist geprägt. Inzwischen hat dieses Denken zweifellos vor allem im „Westen“ an Bedeutung verloren,

während es in den ehemaligen kommunistischen Staaten bei einer nicht unbedeutenden, aber kleinen Elite nach wie vor hoch im Kurs steht.

Innerhalb dieser Fraktion gibt es eine (libertäre) Untergruppe, die Freiheit nicht nur an die Spitze der Wertepyramide stellt, sondern geradezu absolut setzt. Das birgt die Gefahr sowohl des Fundamentalismus als auch des Utopismus in sich, wenn der Position auch ihre innere Konsistenz und ihr intellektueller Reiz nicht abzusprechen sind. Die Betonung der Freiheit als oberstem Wert muß

indessen nicht so radikal erfolgen, wie dies bei den Libertären geschieht. Auch in der Gruppe der Freiheitsliebenden gibt es deshalb viele Vertreter, für die die Freiheit zwar prioritär ist, die aber durchaus kompromißbereit sind. Zum einen sind die meisten Menschen eben kaum so eindimensional, daß sie nicht verschiedene Anliegen und Vorstellungen in sich vereinigen würden. Das zwingt zum Abwägen und Relativieren. Zum anderen müssen auch Anhänger der Freiheit aus pragmatischen Gründen in der realen Politik immer wieder Kompromisse machen und Koalitionen bilden, wenn sie ihre Anliegen wenigstens teilweise realisieren möchten.

## II. *Freiheit als Mittel zur Wohlstandsmehrung*

Eine zweite, viel größere Fraktion der Anhänger einer freiheitlichen Ordnung kann man als „Wohlstandstechnokraten“ bezeichnen. Man findet diesen Typus besonders häufig unter Ökonomen, oder jedenfalls stark wirtschaftlich denkenden Menschen. Für sie ist die freiheitliche Ordnung ein Mittel zum Zweck. Sie messen die Qualität einer Wirtschaftsordnung (oder auch von einzelnen wirtschaftspolitischen Maßnahmen) nicht am Ausmaß von Freiheit und Verantwortung, das sie den einzelnen Individuen gewährt beziehungsweise abverlangt. Ihr Maßstab ist vielmehr die Effizienz und damit die Wohlstandsmaximierung. Insofern treffen sie sich eigentlich rein zufällig mit jenen Anhängern einer liberalen, marktwirtschaftlichen Ordnung, die von einer ganz anderen Ecke, nämlich von der Freiheitsmaximierung kommen. Die Wohlstandstechnokraten favorisieren die Wettbewerbswirtschaft, weil sich diese nicht zuletzt in den langen Jahrzehnten des Kalten Krieges in Sachen Wohlstandsmehrung als eindeutig überlegen gezeigt hat. Ihre Behauptung einer offenen Ordnung ist aber nicht bedingungslos, sie erfolgt keineswegs ohne Wenn und Aber. Sie würden wohl jederzeit die Wirtschaftsordnung wechseln, wenn sich eine andere als effizienter herausstellen würde, und sie sind auch sofort bereit, vom Prinzip des Wettbewerbs abzuweichen, wenn eine wirtschaftspolitische Lösung ohne Wettbewerb oder mit staatlichem Einfluß mehr Effizienz verspricht als die marktliche Lösung. Die Anhänger der Freiheit als Wert an sich haben also gewissermaßen Glück gehabt: Nur dank der überlegenen Effizienz der Wettbe-

werbswirtschaft fa und findet diese einigermassen Rückhalt in der Bevölkerung.

Die Wohlstandstechnokraten vertreten allerdings in der Regel einen etwas engen Effizienzbegriff. Er ist in dem Sinne statisch zu nennen, als es bei ihm immer darum geht, was sich beim Blick in die Vergangenheit oder im aktuellen zeitlichen Umfeld, also hier und heute beziehungsweise in unmittelbarer Zukunft, als überlegen erweist. Wenn also von zwei technischen Konzeptionen beziehungsweise technischen Normen die eine effizienter ist als die andere, neigen die Anhänger statischer Effizienz dazu, den Wettbewerb auszuschalten. Man weiß ja, so lautet die Argumentation, welche Lösung die „bessere“ ist. Somit lasse sich mittels Durchsetzung dieser „besseren“ Alternative der Wohlstand heben. Oft ist dabei das Mittel zur Durchsetzung der „besseren“ Variante nicht das Verbot, sondern die Harmonisierung, die Suche nach einer einheitlichen Lösung, von der man ausgeht, daß sie möglichst nahe der „best practice“ beziehungsweise dem höchsten Stand der Technik zu liegen kommt. Die gleiche Logik wird auch auf wirtschaftspolitische Lösungen angewandt, etwa das in der Schweiz weitverbreitete kantonale Brandversicherungsmonopol, die interventionistisch sind, sich aber in empirischen Studien als (statisch) effizienter erweisen als wettbewerbliche Alternativen. Schließlich kommt diese Denkart auch in den Versuchen zum Ausdruck, auf internationaler Ebene formelle und materielle Harmonisierungen vorzunehmen und dabei dem als bester Variante anerkannten Konzept zum Durchbruch zu verhelfen.

Ein eigentliches „Killerargument“ der Wohlstandstechnokraten ist jenes der Transaktionskosten. Die Ökonomen meinen damit all jene Kosten, die bei der konkreten Abwicklung von Transaktionen entstehen, etwa Kosten für die Durchsetzung von Vertragsansprüchen, Kosten bei der Leistung von Zahlungen, Kosten aufgrund von Wartezeiten, Transportkosten und so weiter. Wettbewerbliche Märkte sind nun insofern immer mit höheren Transaktionskosten verbunden, als die Auswahl unter mehreren Varianten mit Aufwand auf seiten der Konsumenten verbunden ist und die Präsentation der Anbieter auf dem Markt ebenfalls zahlreiche Kosten (wie etwa Marketing und Werbung) mit sich bringt. Wo es nur ein Automobil in einer Farbe gibt, sind die Transaktionskosten – und die oft in einem Atemzug genannten Infor-



„Das Büro“, Gemälde (1996;  
Format: 90 x 101 cm) von Rabe (geb. 1965);  
Privatsammlung

mationskosten – niedriger als dort, wo eine große Auswahl herrscht. Mit dem Hinweis auf Transaktionskosten lassen sich deshalb der Wettbewerb und die (unübersichtliche) Vielfalt, die er mit sich bringt, eigentlich immer hinterfragen und oft auch gänzlich in Frage stellen.

Das statische Verständnis von Effizienz und Wohlstand blendet indessen zwei wesentliche Vorteile des Wettbewerbs praktisch aus. Zum einen greift es insofern zu kurz, als es die Konsumentensouveränität mißachtet und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen unberücksichtigt läßt oder zu

wenig gewichtet. Wettbewerb bedeutet Vielfalt. Wenn es aber nur ein Automodell auf dem Markt gibt, mag dieses billiger zu stehen kommen, als wenn es unzählige verschiedene Modelle gäbe. Es braucht weniger Forschung und Entwicklung (und es gibt deshalb auch weniger davon), es gibt *Economies of scale*, und das ganze Marketing wird weitgehend überflüssig. Aber ein breites Angebot kann natürlich den unterschiedlichen Bedürfnissen der Men-

sehen wesentlich besser gerecht werden, ihren durch Emotionen und Erfahrungen geprägten Geschmäckern und Vorlieben.

Die Autonomie der Menschen und ihre unterschiedlichen Vorstellungen schließen auch das „Recht auf Unvernunft“ mit ein. Implizit wird nämlich beim statischen Verständnis von Effizienz oft unterstellt, es sei klar, welches die beste Lösung sei. Das mag in einem technischen Sinne richtig sein. Die Alltagserfahrung – „Ich bin mit dem älteren Modell eigentlich glücklicher“ – zeigt indessen, daß die Menschen nicht unbedingt das „objektiv“ Beste haben wollen und nachfragen. Dahinter steckt ein zentraler philosophischer Grundgedanke: Was für den einzelnen gut und richtig ist, läßt sich nicht objektiv festlegen. Es gibt zur Äußerung der je individuellen, möglicherweise auch „falschen“ Präferenzordnung auf dem wirtschaftlichen – und dem politischen – Markt keine Alternative. Das Individuum, der einzelne Mensch, ist das Maß aller Dinge. Letztlich hat der Begriff der Effizienz beziehungsweise des Wohlstands nur Sinn, wenn er die aus der je individuellen Sicht optimale Bedürfnisbefriedigung meint. Sie kann nie an nur einem Kriterium – etwa den Kosten oder der technischen Qualität – orientiert sein, sondern reflektiert immer ein ganz komplexes Bündel von Kriterien beziehungsweise Austauschverhältnissen. Nur Wettbewerb und Vielfalt können diese so verstandene Effizienz hervorbringen, wenn auch um den Preis eines Verlustes an einer zu eng verstandenen, statischen Effizienz.

**Vielleicht noch gravierender** ist, daß das statische Verständnis von Effizienz die wohl wichtigste, aber zugleich oft vergessene Funktion des Wettbewerbs völlig außer acht läßt, nämlich seine Rolle für den Fortschritt. Der Wettbewerb sammelt und vermittelt Informationen, ist also, wie es Friedrich August von Hayek ausgedrückt hat, ein Entdeckungsverfahren, das das in einer Gesellschaft verstreute Wissen zusammenführt und neu kombiniert. Damit sorgt er für ständige Erneuerung. Die Zentralverwaltungswirtschaften in Mittel- und Osteuropa sind denn auch nicht ausschließlich, ja nicht einmal in erster Linie daran gescheitert, daß sie die Bevölkerung nicht mit billigen Gütern und Dienstleistungen in genügendem Ausmaß und in gewünschter Qualität versorgen konnten, sondern mindestens ebenso an der mangelnden Innovation.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, daß Effizienz auch ganz anders, nämlich dyna-

misch, interpretiert werden kann – und muß. Die freie, durch Wettbewerb und Privateigentum charakterisierte Gesellschaft ist offen für die Zukunft, für Veränderung und Fortschritt. Eine geschlossener, weniger wettbewerblich organisierte Gesellschaft mag zwar in gewissen Konstellationen effizienter sein, sie ist aber grundsätzlich neuerungsfeindlich und statisch statt dynamisch. Im Wettbewerb wird, wie Joseph Schumpeter dargelegt hat, die Innovation permanent aus dem Prozeß selbst heraus generiert. Wo der Wettbewerb ausgeschaltet ist, muß sie von außen kommen. Nur wenn wir verschiedene Möglichkeiten haben, und zwar auch in der Praxis umgesetzte Möglichkeiten, können wir die besten erkennen und auswählen. Selbstverständlich ist dieses Entdecken von Problemlösungen im Wettbewerb, das permanente Herausfiltern der besten Vorschläge aus einer großen Vielfalt, also die Ökonomie als evolutiver Prozeß, mit Kosten verbunden, mit Kosten, die auf den Augenblick bezogen als überflüssig oder sogar als schädlich angesehen werden können. In einer längeren, zukunftsgerichteten Perspektive werden sie allerdings zum entscheidenden Garant der Nachhaltigkeit durch Wandel.

**Die vorhergehenden Überlegungen** seien hier an einem kurzen Beispiel skizzenhaft dargestellt. Es ist bewußt aus der Welt der Politik und nicht aus der Welt der Wirtschaft gewählt, weil die Vorteile des Wettbewerbs überall gelten, keineswegs nur, wenn es um Güter oder Dienstleistungen geht:

Frägt man sich, ob es viele verschiedene Steuersysteme und Steuerarten nebeneinander geben soll oder ob Einheitlichkeit Trumpf ist, so kommt man zu dem Schluß, daß es aus statischen Effizienzüberlegungen heraus vermutlich besser wäre, wenn alle Kantone beziehungsweise Länder – oder warum nicht gleich alle Staaten? – die gleichen Steuern in gleicher Ausgestaltung hätten. Es bräuhete nicht unzählige, auf regionale Besonderheiten spezialisierte Steuerberater, die Informatikprogramme könnten überall angewendet werden, und Umzüge wären steuerlich problemlos, um nur wenige Aspekte zu nennen. Gleichzeitig blieben damit aber, ganz abgesehen vom disziplinarischen Effekt des System- und Steuerwettbewerbs auf die Steuerbelastung, sowohl der legitime Anspruch als auch der Wunsch, ein auf die jeweiligen besonderen Zustände zugeschnittenes Steuersystem zu haben, ebenso auf der Strecke wie die zu



„Der Aufzug“, Gemälde (1997).  
Format: 225 x 126,5 cm) von Rabe  
(geb. 1965); Privatsammlung

läßt. Mit Neuerungen gegen flächendeckende, einheitliche Lösungen anzutreten ist auf allen Gebieten – in der Technik, bei Gütern und Dienstleistungen, in der Politik, in der Bildung und Forschung – praktisch hoffnungslos. Neuerungen im Wettbewerb gegen bestehende, erfolgreiche Anbieter zu lancieren mag manchmal zwar ebenfalls ziemlich schwierig sein, aber es ist zumindest nicht unmöglich, und die ganze Geschichte, nicht nur die Wirtschaftsgeschichte, ist denn auch voll von solchen Beispielen.

Somit liegt die Begründung des Föderalismus und der Gemeindeautonomie, die zu den zentralen Charakteristika der Schweiz gehören und eigentlich zu ihren besten Exportartikeln zählen könnten, eben nicht in der statischen Effizienz, sondern in der Bedürfnisgerechtigkeit einerseits und im Suchprozeß andererseits.

Wer den Kantönigeist und die Kirchturmpolitik, wer die unübersichtliche Vielfalt und die unzähligen Eigentümlichkeiten und Sonderzügelein wegen ihrer Kosten und ihrer Ineffizienz kritisiert, ist letztlich dem Geist der Wohlstandstechnokraten und deren zu engem statischen Effizienzbegriff verhaftet.

### III.

#### Zusammenfassung

Jene Wohlstandstechnokraten, die Effizienz in diesem Sinne dynamisch und nicht statisch interpretieren, treffen sich fast deckungsgleich mit der erwähnten Gruppe der Freiheitsliebenden. Das ist kein Zufall. Beiden geht es letztlich um Offenheit, beide haben eine lange historische Perspektive im Auge und nicht den Wohlstand des Augenblicks. Insofern ist dynamische Effizienz vielleicht nur eine etwas weniger wertgebundene, etwas technokratischer klingende Interpretation jenes großen Begriffs von Freiheit, der im Kern die Offenheit für Zukunft und Fortschritt umfaßt. Die Fixierung auf die statische Effizienz mündet dagegen allzu leicht entweder in die Anmaßung von Wissen oder, noch schlimmer, in ein „Ende der Geschichte“.

Recht nie endende Suche nach der Verbesserung des Steuersystems. Eine bestimmte Steuer, etwa die Warenumsatzsteuer oder die Erbschaftssteuer, abzuschaffen ist viel leichter, ja vielleicht überhaupt nur möglich, wenn sie in anderen Jurisdiktionen gar nicht existiert und man deshalb auf die entsprechend guten Erfahrungen im Ausland ohne diese Steuer verweisen kann. Umgekehrt kann Lernen durch Nachahmung nur stattfinden, wenn es irgendwo Experimentierfelder gibt, wo Neues ausprobiert wird, sich bewähren kann und deswegen zur Nachahmung ein-